Deutscher Bundestag **Drucksache 15/126**
15. Wahlperiode 02. 12. 2002

Antrag

des Abgeordneten Dr. Wolfgang Schäuble und der Fraktion der CDU/CSU

Für ein glaubwürdiges Angebot der EU an die Türkei

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Türkei hat in letzter Zeit im Lichte der beim Gipfel von Kopenhagen 1993 von den Staats- und Regierungschefs für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen verbindlich festgelegten Kriterien (Kopenhagener Kriterien) wichtige Fortschritte, insbesondere auf dem Gebiet der Rechtssetzung, gemacht. Die Türkei muss auf ihrem Weg des Ausbaus der demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen, der vollen Verwirklichung der Menschen- und Minderheitenrechte und der Implementierung der hierzu nötigen Reformen nach Kräften unterstützt werden.

Die Europäische Kommission hat in ihrem letzten Bericht über den Fortschritt der Beitrittskandidaten zu Recht festgestellt, dass die Türkei sich auf gutem Weg befindet, die Kriterien von Kopenhagen zu verwirklichen, sie diese jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht erfüllt.

Der anstehende EU-Gipfel von Kopenhagen darf gegenüber dem Beitrittskandidaten Türkei keine falschen Hoffnungen wecken, die zu einem späteren Zeitpunkt zu herben Enttäuschungen führen würden.

Hierzu gehört auch, dass der Türkei auf ihrem Weg, die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen, keine voreiligen Daten im Zusammenhang mit der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen genannt werden.

Unbeschadet der Frage der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien muss die Frage eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union ebenfalls im Zusammenhang mit den Vorstellungen zur politischen Identität Europas gesehen werden, die gegenwärtig vom Europäischen Konvent entwickelt werden. Die Europäische Union als handlungsfähige politische Einheit muss sich Klarheit über ihre Grenzen verschaffen und darüber, ob Länder, die nur teilweise zu Europa gehören, uneingeschränkt Mitglied werden können. Deshalb sollten während der Arbeiten des Europäischen Konvents und mitten im Prozess der Erweiterung der EU um 10 Staaten weitere Festlegungen bezüglich eines Beitritts der Türkei vermieden werden. Die Ergebnisse der Arbeiten des Konvents werden dann gemeinsam mit der Türkei zu erörtern sein und können dazu führen, dass in beiderseitigem Interesse neue Formen der Zusammenarbeit gesucht werden.

Seitens der EU sollte aus diesem Grund auf dem anstehenden Gipfel der Türkei das Angebot einer privilegierten Partnerschaft mit der Europäischen Union gemacht werden. Der Europäische Rat sollte der Europäischen Kommission den Auftrag erteilen, in Kürze Möglichkeiten und Wege zu präsentieren, wie ein

solches besonderes Verhältnis der Türkei und anderer Länder zu Europa in eine angemessene Form gebracht werden kann.

Vor diesem Hintergrund fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf,

1. darauf hinzuwirken, dass beim anstehenden EU-Gipfel der Türkei keine unhaltbaren Versprechungen hinsichtlich eines Datums zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen gemacht werden,
2. darauf zu achten, dass bei diesem Gipfel in diesem Punkt auch nicht durch mehrdeutige oder hinhaltende Formulierungen falsche Hoffnungen geweckt werden,
3. sich bei den Partnern in der EU dafür einzusetzen, dass jedes Verhandlungsangebot an die Türkei auch die Perspektive einer engen, privilegierten Partnerschaft mit der Europäischen Union enthält,
4. dass der Europäische Rat der Europäischen Kommission den Auftrag erteilt, in Kürze Möglichkeiten zu präsentieren, wie ein solches besonderes Verhältnis der Türkei zu Europa angemessen formalisiert werden kann.

Berlin, den 2. Dezember 2002

Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333